

vernacularity means that ‘the communicative functions of the language are no longer the primary reasons for its usage’ (p. 139–140 after Costa 2015: 129). This concept is important if we notice that the situation of many minority languages is now complicated: they are still to some extent a means of communication between some members of a speech community, but they also evolve beyond that use and have some traits of post-vernacular languages. Many people identifying with a minority language speech community use them only when they are in special places/with particular persons or when they use only some words in the minority language, while the main discourse is in the dominant language. However, it does not mean that these people are not part of the speech community. It just means that the speech community should be redefined.

Michael Hornsby concludes his book with the following words: ‘The place of new speakers in language communities is therefore complex, complicated and contested – but they do offer future possibilities for the extended use of minoritized languages that otherwise might join the statistics of those languages that “die” and are lost on a weekly basis’ (p. 149). In my opinion, this kind of comparative study is important as it facilitates the understanding of how complicated and internally diversified the problem of minority language speakers is. The unquestionable advantage of this book is the discussion of how different discourses concerning minority languages and speakers (those from the majority group, native speakers, new speakers, language revitalizers, researchers...) intersect and influence one another. Thanks to this analysis we can come to the realization that each person commenting on the subject of minority languages has their own language ideology that influences the perception of the problem and its possible solutions. Different discourses affect attitudes of (potential) minority language speakers and their linguistic practices. The most important value of this book is therefore to show that the process of language revitalization is totally dependent on language discourses, ideologies and perceptions. As mentioned earlier, the way the research on the three case studies has been presented leaves much to be desired. It would be interesting to compare different motivations of new speakers to learn the language and other important issues, for example. Nevertheless, as a whole this book provides a wider view of the phenomenon of new speakers of minority languages and points out some important obstacles on the way to the revitalization of these languages. As such it is an important voice in the discussion of the role of new speakers for minority language survival.

*Nicole Dołowy-Rybińska*

**Alain-G. Gagnon: Das Zeitalter der Ungewissheiten. Essays über Föderalismus und nationale Diversität.** Baden-Baden: Nomos 2014 (= Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung Tübingen; 42), 217 S.

„Seit dem Fall der Berliner Mauer und dem Niedergang der Sowjetunion scheinen wir uns in der Tat in politischen Fragen in einem Zeitalter der großen Ungewissheiten zu befinden“ (S. 31). Gekennzeichnet durch die gesellschaftliche Behauptung und die Resilienz der Minderheitennationen – oder staatenlosen Nationen – gegenüber dem fehlenden politischen Willen seitens der Mehrheitsnationen, ihre differenzierten Charakteristiken anzuerkennen und ihren Autonomieforderungen nachzukommen, lässt dieses

„Zeitalter“ entgegen den bisherigen Prognosen<sup>1</sup> eine neue Welle von Staatsgründungen vermuten (Katalonien, Schottland, Québec). Dabei stehen sich „zwei radikal unterschiedliche Visionen des Staates“ gegenüber: Einer jakobinischen Staatsideologie, die „einen Zentralstaat vorsieht, der nationale Minderheiten schonungslos in ein einheitliches nationales Vorhaben integriert“ (S. 33), stellt Alain-G. Gagnon ein girondistisches Staatsverständnis entgegen, das mit kultureller und ethnolinguistischer Vielfalt toleranter und gerechter umgeht. Angesichts der ideologischen Verhärtung ihres jeweiligen Nationalstaats stehen Minderheitennationen zwei Alternativen zur Verfügung: die politische Unabhängigkeit oder die Emanzipation (*habilitation*) im Rahmen des multinationalen Föderalismus, der auf dem Territorialitätsprinzip bzw. auf einer föderalistisch geprägten politischen Kultur beruht. So lautet die Hauptthese, mit der Gagnon sich innerhalb seiner Abhandlung durchgehend normativ befasst. Anknüpfend an sein vorheriges Werk<sup>2</sup> illustriert er diese in erster Linie mit verschiedenen Aspekten des nationalen Konflikts zwischen der Provinz Québec und der kanadischen Föderation.

Die Argumentation besteht aus sechs Essays, woraus sich die Kapitel ergeben. Im ersten Kapitel zur „Sprachlichen Diversität in pluralistischen Kontexten“ unterscheidet Gagnon zwei Formen der offiziellen Zweisprachigkeit, die dem kanadischen Sprachregime seinen hybriden Charakter verleihen: Auf der einen Seite einen an der individualistischen Logik der kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten anknüpfenden, von der englischsprachigen Mehrheit außerhalb von Québec begünstigten personellen Bilingualismus, auf der anderen Seite einen an dem helvetischen Territorialitätsprinzip anknüpfenden, von der französischsprachigen Mehrheit innerhalb Québec geforderten territorialen Bilingualismus. Dies ist auf das Bewusstsein der Frankophonen um die strukturelle Überlegenheit der englischen Sprache in Bezug auf die Anzahl der Muttersprachler in Nordamerika und das internationale Ansehen (insbesondere bei Einwanderern) und die damit einhergehende Gefahr der Assimilation zurückzuführen. Dieser Ansatz sei aber, so Gagnon, wegen einer zu großen Nachgiebigkeit der Provinzregierung und der Stadtverwaltungen hinsichtlich des Schutzes und der Förderung der französischen Sprache allmählich in eine Art institutionellen Bilingualismus abgerutscht – insbesondere in der Verwaltung der Stadt Montréal, des neuralgischen Zentrums des Sprachenkampfes zwischen Französisch und Englisch in Nordamerika. Anschließend stellt der Autor drei Sprachenregimes vor, die sich auf verschiedenen Ebenen vom Fallbeispiel Québec haben inspirieren lassen, um der Hegemonie einer Mehrheitssprache ein Gleichgewicht gegenüberzustellen: in Neubraunschweig und Nunavut bzw. in Katalonien.

In den zwei folgenden Kapiteln setzt sich Gagnon mit den auf regionaler Ebene eingeführten Staatsbürgerschaftsregimes (Staatsbürgerschaftsordnungen) auseinander und erörtert, wie sich Minderheitennationen als Aufnahmegesellschaften für Migranten ebenso behaupten können wie die Gesellschaft der ethnolinguistischen Mehrheit. Für ihn zielen Staatsbürgerschaftsregimes nicht nur darauf ab, die negativen Auswirkungen des Neoliberalismus auf die staatliche Interventionsfähigkeit und die Umverteilung des Reichtums abzumildern, sondern auch die demokratische Legitimität der staatenlosen Nationen bei ihren eigenen Bürgern zu stärken. In dieser Hinsicht habe die Provinz Québec

<sup>1</sup> Siehe z. B. Eric Hobsbawm: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt-New York: Campus-Verlag 1991.

<sup>2</sup> Alain-G. Gagnon: La raison du plus fort: plaidoyer pour le fédéralisme multinational. Montréal: Québec Amérique 2008.

die Globalisierung als Gelegenheit genutzt, um ein eigenes Staatsbürgerschaftsregime einzurichten und somit ihre Bevölkerung um ein gemeinsames Zukunftsprojekt zu versammeln. Beruhend auf dem Interkulturalismus fungiert dieses Staatsbürgerschaftsregime als Gegenentwurf zum kanadischen Multikulturalismus, in dessen Rahmen die Besonderheit aller kanadischen ethnolinguistischen Minderheiten (autochthone Völker, Frankophone außerhalb von Québec, Anglophone innerhalb von Québec, Migrantengemeinschaften) anerkannt wird, allerdings nicht die französischsprachigen Quebecer. Als eine der zwei kanadischen Aufnahmegesellschaften hat laut Gagnon die Provinz Québec den Interkulturalismus „als [...] Mittel der sozialen Integration, der kulturellen Identifikation und der politischen Repräsentanz“ bevorzugt (S. 79), um diesen Mangel zu beheben und den größten Teil der kanadischen Frankophonie vor den homogenisierenden Tendenzen der Globalisierung und vor ihrer Folklorisierung zu schützen.

Anders als bei dem in der kanadischen Verfassungsordnung formell verankerten Multikulturalismus strukturierte sich der quebec'sche Interkulturalismus um eine Ansammlung organischer Gesetze, die eine informelle Verfassung zusammenstellen. Gagnon führt folgende Gesetze an (S. 91 f.): die Charta der französischen Sprache, die Charta der Personenrechte und -freiheiten, das Gesetz über öffentliche Abstimmungen, das Gesetz über die Parteienfinanzierung, das Gesetz über die Ausübung der Grundrechte und der Vorrechte des quebecer Volkes und des Staates Québec. Diese Gesetzgebung strukturierte die Beziehungen zwischen den Bürgern der Provinz und erleichterte das gesellschaftliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsbestandteile, indem sie staatsbürgerliche Diskussions- bzw. Debattenorte schaffe, welche die kanadische Verfassungsordnung nicht bietet. Gagnon unterstreicht den dynamischen Aspekt und die Flexibilität dieses informellen Grundgesetzes, das die gegenseitige Annäherung und einen gemeinschaftsübergreifenden Austausch unterstützt und durch die Verpflichtung aller Bürger charakterisiert ist, an den öffentlichen Debatten teilzunehmen. Ziel des Interkulturalismus ist laut Gagnon ein auf demokratischer Beratung basiertes Vertrauensverhältnis zu fördern, um die Gefahr des interethnischen Misstrauens und der Verrechtlichung der sozialen Konflikte zwischen den ethnischen Gruppen zu mindern, wie sie aus der statischen Auslegung des kanadischen Multikulturalismus hervorgeht. So erschwere der kanadische Multikulturalismus die erfolgreiche Integration der Migrantengemeinschaften durch ihre Gettoisierung, indem er „die sozialen Beziehungen ethnisiert“ und „die Konfrontation der gemeinschaftlichen Gruppen untereinander fördert“ (S. 100). Dieses Misstrauensverhältnis sei auf das kanadische Immigrationsverständnis zurückzuführen, das interethnische Beziehungen ausschließlich auf der Basis eines bilateralen Vertrauensverhältnisses zwischen den staatlichen Institutionen und den jeweiligen einzelnen ethnischen Gruppen favorisiere.

Im vierten Kapitel greift Gagnon die zentralisierenden Elemente der kanadischen Verfassungsordnung auf, die zur Einschränkung der Autonomie Québecs führen. Er setzt sich besonders mit der Eindämmungspolitik auseinander, die vom damaligen Minister für die Beziehungen zwischen Bundes- und Provinzregierungen<sup>3</sup> nach dem knappen Ergebnis des Volksentscheids über die Unabhängigkeit Québecs im Jahr 1995<sup>4</sup> befürwortet wurde, um die politischen Forderungen der französischsprachigen Provinz zum Wohl der kanadischen Einheit endgültig zu stoppen – d. h. „einzudämmen“. So ist

<sup>3</sup> Stéphane Dion, der seit November 2015 nach fast zehn Jahren in der Opposition Außenminister im liberalen Kabinett der Regierung von Justin Trudeau ist.

<sup>4</sup> 49,42 % der Wähler hatten für die Unabhängigkeit Québecs gestimmt und 50,58 % dagegen.

Gagnon zufolge die Frage der politischen Beziehung zwischen Québec und Kanada falsch gestellt, denn sie überlässt ausschließlich dem Bund das Definieren der Beziehungen mit den Provinzen. Diese unilaterale Befugnis, die Spielregeln zum eigenen Vorteil festzulegen, laufe jedoch darauf hinaus, die dem Föderalismus inhärente geteilte Souveränität zu negieren und somit den Bundesstaat antiföderalistisch in einen Zentralstaat zu verwandeln. Gagnon verurteilt den Umstand, dass die kanadische Einheit vor allem in den englischsprachigen Gebieten Kanadas als einzige ernsthafte Lösung der quebec'schen Frage angesehen wird, während sich der Bund für sich allein das Recht zum Schutz aller Bürger herausnimmt. Gegenüber dieser Konzeption gibt er aus drei Gründen dem Weg der Emanzipation den Vorzug vor dem der Integration: 1) Die gesellschaftlichen Debatten sollen auf einer Ebene stattfinden, auf die die quebec'schen Bürger einen direkteren Einfluss nehmen können, sodass die politische Referenzgemeinschaft von Kanada durch Québec abgelöst wird: „In diesem Kontext ergibt es Sinn, von Québec als Nation zu sprechen“ (S. 134). 2) Die Integrationspolitik Kanadas ist nicht neutral, sondern dient dem Fortbestand und der Festigung der politischen Hegemonie der englischsprachigen Mehrheit. 3) Im gesamtkanadischen Kontext darf man sich nicht auf multilaterale Verhandlungen verlassen, denn diese haben zu oft zur politischen Isolierung Québecs geführt, wie bereits die Einführung der kanadischen Verfassung (1982), die Abkommen von Lac Meech (1987–1990) bzw. Charlottetown (1992) und das Projekt für eine kanadische Sozialunion (1999) gezeigt haben.

Die Argumentation setzt sich im fünften Kapitel fort, wo Gagnon zwei entgegengesetzte Auffassungen des Föderalismus in Kanada darstellt: eine in der Provinz Québec dominierende multinationale Vorstellung und eine vorwiegend in den englischsprachigen Provinzen herrschende territoriale Konzeption, in der „man eine hierarchische Lesart des Föderalismus verfolgt und die Regierungsebenen als Rangfolgen missinterpretiert“ (S. 143). Der Autor weist auf die gegenwärtige Tendenz in den multinationalen Staaten hin, im Umgang mit der kulturellen Diversität den historischen Minderheiten zwar einige Zugeständnisse einzuräumen, dies jedoch als Gegenleistung für deren reibungslose Integration in das Staatsgebilde anzubieten, vermutlich um die staatliche Stabilität nicht zu gefährden. Folglich werden die Machtverhältnisse zugunsten der Mehrheitsnation nicht hinterfragt. Politische Gemeinschaften wie Québec hätten kein Interesse daran, zwischen Integrations- und Akkomodationspolitik zu wählen, insofern sie beide ein hierarchisches Verhältnis zwischen der Mehrheitsgruppe und den Minderheiten weiterhin voraussetzen. Sie suchen vielmehr eine echte Emanzipationspolitik im Rahmen einer multinationalen Auffassung des Föderalismus, die ihnen „die mündige und gleichberechtigte politische Teilnahme am politischen Diskurs“ ermöglicht (S. 152). Das Kapitel schließt mit der Aufzählung normativer Grundprinzipien zur Unterstützung der nationalen Minderheiten und Minderheitennationen: das Völkerrecht auf Selbstbestimmung, die Legitimität von Anerkennungsforderungen, der kulturelle Schutz der Minderheiten und die tatsächliche Gleichheit zwischen Nationalgruppen.

Gagnon untersucht dann die notwendigen Bedingungen, um „Neue Wege zur Versöhnung der Gemeinschaften“ – zur Emanzipation der Minderheitennationen in multinationalen Föderationen – zu bahnen. Er verwendet hier erstmals den Begriff des Paktismus, der die Existenz eines in gutem Glauben ausgehandelten Paktes zwischen gleichberechtigten Partnern voraussetzt. Dieser auf dem Gedanken der Loyalität basierende Pakt muss jederzeit durch Aushandlungen aktualisiert werden können in dem Maße, wie sich die darin involvierten Gemeinschaften weiterentwickeln. Der Föderalismus soll sich dann logischerweise auf eine föderale Kultur berufen können, und diese soll auf den folgenden Elementen basieren: Einhaltung der demokratischen Verfahren;

Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen; Bereitschaft zum Dialog; Existenz eines Gleichgewichts; Konstitutionalismus und der Rechtsstaatlichkeit sowie eine gewisse verfassungsrechtliche Flexibilität bzw. institutionelle Anpassungsfähigkeit.<sup>5</sup> Schließlich soll Gagnon zufolge eine unparteiische Versöhnung zugunsten der Mehrheitsnation auf einem Vertragsföderalismus gründen. Dieser Begriff, der sich aus dem Paktismus und der föderalen Kultur ergibt, „verweist schon auf den Willen der Parteien, auf dem Verhandlungswege, frei von Zwang ein Übereinkommen zu erzielen“ und „die Forderungen der Partner zu respektieren“ (S. 178 f.). Ähnlich wie beim Interkulturalismus als diskursiver Art der Konfliktbewältigung zwischen ethnischen Gruppen geht es hier vor allem darum, juristische Schritte vor den höchsten Gerichten als Schiedsgerichtsbarkeit zwischen nationalen Gruppen zu vermeiden, die für die Beziehungen zwischen Québec und Kanada typisch sind. Vielmehr sollen rechtliche Verfahren durch eine erneuerte Verhandlungsdynamik zwischen gleichberechtigten Partnern ersetzt werden, um die dazugehörigen Subordinationsverhältnisse zu brechen.

Gagnon schließt sein Buch mit der Formulierung von drei Prinzipien, die einzuhalten sind, damit sich Minderheitennationen in einer vereinheitlichten globalisierten Welt weiterentwickeln können. Das Zeitalter der Ungewissheiten, in dem wir nun leben, fordert die Mehrheitsnationen dazu auf, das richtige Maß in der Ausübung der Staatsgewalt zu beweisen, indem sie ihre Machtbefugnisse mit ihren historischen Minderheiten teilen, anstatt ständig zu versuchen, sie weiter zu konzentrieren. Dies setzt voraus, dass sie die differenzierte Beschaffenheit der menschlichen Identität anerkennen, die nationale Vielfalt akzeptieren und sie mit Würde behandeln. Letzlich werden die Minderheitennationen ihre inneren Spaltungen überwinden müssen, um ihr Gesellschaftsprojekt attraktiv zu gestalten – insbesondere für die Immigranten, von denen sie für den Generationswechsel in zunehmendem Maße abhängen werden. Eine solche Ethik der Hospitalität fordert die „Etablierung einer wirklich interkulturellen Politik“ (S. 195).

Die deutsche Ausgabe des Buches enthält ein Vor- und ein Nachwort. In Letzterem erörtert Roland Sturm einige relevante Elemente der Debatte zwischen Zufriedenstellung und Eindämmung der Minderheiten und setzt sich insbesondere mit dem Argument des ‚seifigen Abgrunds‘ (*slippery slope*) auseinander. Er beschreibt den Föderalismus „als Konfliktschlichtungsmechanismus bzw. als Garant des inneren Friedens“ (S. 201), sei es in multinationalen oder in territorialen Föderationen, und unterstreicht wie Gagnon die „Schlüsselposition“ einer föderalen Kultur, selbst wenn sie „schwierig zu operationalisieren“ sei (S. 202).

Von größerem Interesse ist das Vorwort von Boris Vormann, der mehrere treffende Anmerkungen zum Föderalismus macht, wie z. B. zur Frage der Legitimität, die sich neu stellen lässt, wenn der Staat viele Kompetenzen sowohl an untere als auch an höhere Ebenen abtreten muss. Sein Vergleich zwischen dem multinationalen Verfassungsföderalismus und dem Habermas’schen Verfassungspatriotismus eröffnet neue Perspektiven. Besonders der Rückblick in die Begriffsgeschichte des Föderalismus (Althusius, Mon-

<sup>5</sup> Die fünf ersten Elemente stammen aus: Raoul Blindenbacher, Ronald Watts: Federalism in a Changing World – A Conceptual Framework for the Conference, in: Raoul Blindenbacher, Arnold Koller (Hgg.): Federalism in a Changing World. Learning From Each other. Montréal: McGill-Queen’s University Press 2002. Das letzte wurde übernommen von Jean-François Caron, Guy Laforest, Catherine Vallières-Roland: Le déficit fédératif au Canada, in: Alain-G. Gagnon (Hgg.): Le fédéralisme canadien: fondements, traditions, institutions. Montréal: Les Presses de l’Université de Montréal 2006.

tesquieu) und in die Herkunft des Begriffs der Hospitalität (den Kant mit dem Begriff der „Föderalität“ in ein enges Verhältnis setzt) ist hier von Bedeutung, da das Vorwort darauf abzielt, ein deutsches Publikum mit einer bislang verkannten Auffassung des multinationalen Föderalismus vertraut zu machen, sodass das Vorwort als eigentliche Einleitung des Buches fungiert. Vormann erinnert daran, dass die Diversität, der Föderalismus und die nationale Frage wegen der kontextspezifischen deutschen Geschichte anders interpretiert werden als in Kanada. So ist in der Bundesrepublik die Frage des Pluralismus eine Sache der Integrationspolitik und der Zivilgesellschaft, während der Föderalismus „zumeist als technokratisches Konstrukt wahrgenommen“ wird (S. 11 f.). Anders als in Kanada und Spanien sei Deutschland mit keiner Nationalbewegung konfrontiert, nur Bayern und Sachsen (dabei vergisst er allerdings Thürigen) bestünden auf ihrem ‚Freistaat‘. Darüber hinaus finden auch die anerkannten nationalen Minderheiten (Sorben, Friesen, Dänen und Sinti/Roma) und ihre jeweiligen Autonomiebestrebungen keine Erwähnung. Trotzdem – oder gerade deswegen – könne „die in Deutschland geführte Debatte über Föderalismus und nationale Diversität [...] von einer vergleichenden Perspektive im skizzierten Sinne profitieren“ (S. 15). Schließlich lohnt sich eine letzte Anmerkung zum Vorwort. Wie Vormann gewissenhaft anmerkt, muss aufgrund des 1933 erlassenen Ermächtigungsgesetzes auf das Wort ‚Ermächtigung‘ verzichtet werden, das im Deutschen die Idee des französischen *habilitation* getreu reflektiert. In seiner eigenen Definition von *habilitation* weist Vormann aber auf „die Befähigung einer Minderheit“ hin, „die Politik mitzubestimmen“ (S. 22). Jedoch verzichtet er auch auf das Wort „Befähigung“ zugunsten des allgemeineren Begriffs der „Emanzipation“, der im kanadischen Kontext in Bezug auf die assimilatorische „Emanzipationspolitik“ der kanadischen Regierung gegenüber der autochthonen Bevölkerung zwischen 1857 und 1961 zu einer gewissen Verwirrung führt. Alternativ wäre auch der Begriff „Entscheidungsbefugnis“ denkbar gewesen.

Anknüpfend an das Werk des Philosophen Will Kymlicka untersucht Alain-G. Gagnon nicht nur den Umgang des föderalen Nationalstaats mit seinen nationalen Minderheiten, Minderheitsnationen und seinen ethnischen Gruppen mit Migrationshintergrund, sondern auch den Umgang der „alten“ mit den „neuen“ Minderheiten. Das Verdienst dieses Buches besteht darin, anhand des Beispiels von Québec zu zeigen, wie der multinationale Föderalismus und der Interkulturalismus historischen Minderheiten die Möglichkeit einräumen, ein eigenes nationales Projekt innerhalb eines bestehenden Staates zu etablieren und sich als Aufnahmegesellschaft weiterzuentwickeln. Das Buch demonstriert in überzeugender Weise, wie der Interkulturalismus als Ort der gesellschaftlichen Konvergenz ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Anerkennung der kulturellen Vielfalt und der staatsbürgerlichen Nationsbildung einer Minderheit verkörpert. In dieser Hinsicht tragen die von Gagnon verwendeten Fachbegriffe – Paktismus, föderale Kultur, Vertragsföderalismus, richtiges Maß, Würde, Hospitalität und allen voran die Emanzipation bzw. *habilitation* – dazu bei, die Föderalismustheorie erheblich zu bereichern. Dabei thematisiert er ohne Umschweife die Frage der ungleichen Machtverhältnisse zwischen nationalen Gruppen, die dem Föderalismusprinzip entgegenstehen. Einzig zu beanstanden bleibt die zu starke Fokussierung auf den Fall Québec. Gerade als Spezialist der vergleichenden Politikwissenschaft hätte Gagnon sein normatives Plädoyer in einem größeren Umfang auf andere relevante Fallstudien stützen können, wie etwa Katalonien, Neubraunschweig, Nunavut und Schottland, die im Buch zwar peripher thematisiert, aber nur unzureichend untersucht werden. Trotzdem bleibt das Buch für das deutsche Publikum von großem Interesse, weil das „Zeitalter der Ungewissheit“ einen alternativen Blick auf die Grundsätze des Föderalismus und des Minderheiten-

schutzes bietet, der von der im englischsprachigen Kanada vorherrschenden Interpretation teilweise erheblich abweicht und in Deutschland nicht unbedingt zum Mainstream gehört.

*Jean Rémi Carbonneau*

**Theresa Jacobs: Der Sorbische Volkstanz in Geschichten und Diskursen.** Bautzen: Domowina-Verlag 2014 (= Schriften des Sorbischen Instituts; 59), 248 S.

Aus Sicht der Ethnomusikologie geht diese Dissertation auf ungewöhnliche Art und Weise an das Thema Volkstanz heran. Der sorbische Volkstanz wird über „Geschichten“ und „Diskurse“ gedeutet und nicht über die Beschreibung von Melodien und Tanzschritten analysiert, wie es in unserem Fach meist üblich ist; es wird aber trotzdem mit Literatur aus der Volksmusikforschung gearbeitet. Wer erwartet, hier die Volkstänze der Sorben in ihrer musikalischen und choreologischen Substanz kennenzulernen, wird enttäuscht werden. Außer einigen Fotos und Liedtexten finden sich keine solchen Belege. Es geht vielmehr um Deutungen. Die Kapitelüberschriften widerspiegeln deutlich die Arbeitsweise: Verortungen; Verhandlungsräume: Definitionen, Quellen und Deutungseliten; Volkstänze der Sorben zwischen „gelebter“ und „gezeigter“ Kultur; „Wessen Tradition“? Institutionalisierung des Sorbischen Volkstanzes; „Das Rad der Zeit dreht sich“ – Weiterführende Gedanken.

Die theoretische Einbettung ist äußerst überzeugend und reicht von Felix Hörburger bis Norbert Elias (nur als Beispiele genannt). Tanz wird in dieser Arbeit grundsätzlich als Wissenskultur verstanden. Als Minderheitenforscherin vermisste ich zunächst eine explizite Einordnung in Theorien zur Minderheitenforschung. Kann man die Volkstanzformen einer Minderheit deuten, ohne explizit auf die Relation zur Mehrheit Bezug zu nehmen? Offensichtlich ja, denn implizit ist diese Relation sehr wohl gegeben und die Geschichte der Sorben sowie die verwendeten Belege legen eine starke Selbstbezogenheit nahe. Der sorbische Volkstanz wird primär aus Sicht der Minderheit analysiert. Dies ist deshalb möglich, weil die sorbische Minderheit sowohl in der Geschichte als auch heute durchaus über eigene Deutungseliten verfügt. Die „Verortungen“ zeigen sowohl das räumliche als auch das wissenschaftliche Arbeitsfeld auf und entwerfen die Methodik des Vorhabens. Es geht vor allem um Geschichten und Diskurse. Dem entworfenen Forschungsmodell (S. 34) kann man entnehmen, dass sich der Kern der Arbeit, nämlich die kollektive Identitätsstiftung aus „gezeigter“ und „gelebter“ Kultur speist. Im folgenden Kapitel werden zunächst Definitionen versucht. Dabei wird auf unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen zurückgegriffen. Die Forschungsgeschichte des Volkstanzes im deutschsprachigen Raum wird dabei sehr anschaulich aufgearbeitet. Was die Quellen zum sorbischen Volkstanz betrifft, ist die historische Kontinuität ganz erstaunlich und reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Besonders bemerkenswert finde ich, dass auch Sprichwörter als Quellen zum Volkstanz herangezogen werden.

Im dem großen Kapitel, in dem es um den sorbischen Volkstanz zwischen „gelebter“ und „gezeigter“ Kultur geht, wird versucht, das komplexe Phänomen mittels eines Modells (Kreismodell S. 114) zu analysieren, das möglichst viele Parameter berücksichtigt wie Ort, Anlass, Zeit, Altersgruppen, Musik, Bewegung usw. Diese Parameter werden in einzelnen Unterkapiteln behandelt. „Bewegung“ nimmt hier einen breiten Raum ein und es wird mit zahlreichen historischen Quellen gearbeitet, die Auskunft darüber geben. Für Außenstehende erscheint mir insbesondere das Kapitel „Wessen Tra-